



POLITIK ALS BUSINESS NATIONALISMUS ZWISCHEN STEREOTYP UND WIRKLICHKEIT WAHLSTIMMUNG

■ ANALYSE		
Politik als Business – das ukrainische Modell		2
Von Nicole Gallina, Freiburg/Schweiz		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Die reichsten und einflussreichsten Ukrainer		6
<hr/>		
■ ANALYSE		
Der ukrainische Nationalismus zwischen Stereotyp und Wirklichkeit – Zu einigen Komplikationen bei der Interpretation von befreiungs- vs. ultranationalistischen Tendenzen in der modernen Ukraine		7
Von Andreas Umland, Kiew		
<hr/>		
■ UMFRAGE		
Zu den bevorstehenden Parlamentswahlen		11
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 12. September bis 9. Oktober 2012		16



Politik als Business – das ukrainische Modell

Von Nicole Gallina, Freiburg/Schweiz

Zusammenfassung

In der Ukraine bedeutet Politik vor allem Geschäftemachen – Macht dient dem Selbstzweck. Um den politischen und geschäftlichen Erfolg zu sichern, werden Allianzen geschmiedet. Ein wichtiger Faktor ist dabei die regionale Verbundenheit.

Einleitung

Vor allem Präsidenten der Ukraine wissen, wie man Geschäfte tätigt. Leonid Kutschma hat es von 1995 bis 2005 vorgemacht: Seine Heimatregion Dnipropetrowsk avancierte zu einem Pfeiler des politischen Machtsystems. Dementsprechende Netzwerke kamen ihm und den Business-Vertretern in dieser Region allgemein zugute.

In der Regierungsperiode nach der Orangen Revolution von 2004 bis 2010 lösten sich Politik und Wirtschaft vordergründig voneinander, aber der Machtantritt von Wiktor Janukowytsch 2010 verdeutlichte ziemlich schnell, dass die unter Kutschma Mächtigen weiterhin im Spiel blieben und sich so viel nicht geändert hatte.

Bei diesen Personen handelt es sich insbesondere um die politischen und wirtschaftlichen Akteure aus der Donezker Region, der wichtigsten Wirtschaftsregion des Landes. Da der neue Präsident ebenfalls aus dieser Region kommt, eröffneten sich mit seinem Machtantritt viele Möglichkeiten, Politik mit Wirtschaft zu verknüpfen.

Schon bald nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 formierten sich hauptsächlich in Donezk handfeste Interessen, im wahrsten Sinne des Wortes. Aus den unschönen Auseinandersetzungen um wirtschaftliche und politische Macht gingen einige Akteure hervor, die noch heute eine zentrale Rolle spielen. Der heutige Präsident der Ukraine Janukowytsch gehört dazu, Rinat Achmetow, der reichste Mann der Ukraine und Osteuropas (sein Vermögen, das er vor allem mit Stahl und Energie gemacht hat, wird im Korrespondent Rating 2011 auf 25,6 Mrd. US-Dollar geschätzt [siehe Grafik]; seine Passion ist der Fußballclub Schachtar Donezk), sowie einige weitere Personen, die seit den 1990er Jahren eng mit diesen beiden Männern verbunden sind.

Ein Blick auf die jährliche Liste des ukrainischen Magazins Korrespondent der einflussreichsten Menschen in der Ukraine, unter ihnen vor allem Geschäftsleute, gibt aber auch Aufschluss darüber, dass diese Konstellation sehr volatil war (siehe Grafik).

Nur einige wenige Wirtschaftsbosse und ihre Unternehmen haben es geschafft, kontinuierlich Einfluss auszuüben. Die unter anderem im Stahlbereich agie-

rende EastOne des Schwiegersohns des Ex-Präsidenten Kutschma, das Großunternehmen von Rinat Achmetow (Energie, Kohle, Eisenerz, Stahl und Banken) oder die Süßwarenunternehmen um Petro Poroschenko, einem damaligen Verbündeten von Wiktor Juschtschenko, sind einige Beispiele. Die Privat-Gruppe, ein wichtiger Player im Bankensektor mit Energie und Stahl-Interessen, hat sich zum größten Teil aus allen Händeln herausgehalten, nicht immer zu ihrem Vorteil. Wer nicht oder am falschen Spiel teilnimmt, ist schnell ausgeschieden.

Unter jedem Präsidenten fanden Verdrängungsprozesse statt. War die Privat-Gruppe bis 2010 recht gut aufgestellt, so bangt sie nun um ihren Einfluss – das gleiche galt für EastOne nach dem Machtverlust von Leonid Kutschma.

Die Macht der regionalen Interessen

Kutschma und der demokratische Nachfolgepräsident Wiktor Juschtschenko mussten auf einflussreiche regionale Wirtschaftsakteure Rücksicht nehmen, ob sie wollten oder nicht, namentlich auf solche aus der Donezker Region. Als Gegengewicht setzten sie auf ausgewählte Partner aus Wirtschaftskreisen außerhalb der Donezker Region: Kutschma beispielsweise auf seinen Schwiegersohn Pintschuk, Wiktor Juschtschenko auf Petro Poroschenko.

Beide, Leonid Kutschma und Wiktor Juschtschenko, waren den Wünschen und Vorstellungen aus Donezk zwar eher abgeneigt, mussten aber während ihrer Amtszeit Wiktor Janukowytsch als Ministerpräsidenten und damit die politischen und ökonomischen Ansprüche der Donezker Akteure akzeptieren. Das hatte auch den Vorteil, dass die politische Ebene nicht vollständig von einer Interessengruppe dominiert wurde. Zudem war der Einfluss der Wirtschaftslans nach außen nicht so offensichtlich wie gegenwärtig.

Während der Präsidentschaft von Juschtschenko gab es zudem Versuche, allzu unverschämte Akteure in die Schranken zu weisen. Zum Beispiel wurde Borys Kolesnikow wegen versuchter Erpressung verhaftet. Ein Mann, der seit Ende der 1990er Jahre eine wichtige Rolle in der Regionalpolitik von Donezk gespielt hatte. Man konnte ihm allerdings nichts nachweisen und er hat heute Schlüsselpositionen in der Politik inne (man mun-

kelt, er sei die rechte Hand von Rinat Achmetow). Eine der skrupellosesten und korruptesten Personen unter Kutschma, der Präsident des staatlichen Energieunternehmens Naftohas, Ihor Bakaj, flüchtete sich freiwillig in die russische Staatsangehörigkeit. Er war der einzige Vertreter des höchst korrupten Gassektors, der auf diese Weise ein indirektes Schuldeingeständnis abliefern konnte. Ein Erfolg Juschtschenkos war, dass die unvorteilhafte Privatisierung des größten Stahlunternehmens an Kutschmas Schwiegersohn und Rinat Achmetow storniert wurde. Ihre Freundschaft gewann der damalige Präsident Juschtschenko dadurch nicht.

Unter Präsident Janukowytsch ist seit 2010 der Einfluss der Geschäftsleute aus Donezk auf die Politik immer sichtbarer geworden: Die wichtigste Wirtschaftsregion und die stärksten Politiker konnten ihren Einfluss auf nationaler Ebene materialisieren. Politik und Wirtschaft sind praktisch verschmolzen – das war vorher nicht der Fall.

Ermöglicht wurde dies insbesondere durch die Machtübernahme der Donezker Partei der Regionen. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass es sich um eine Einheitspartei handelt, die stark von den mächtigsten Geschäftsmännern, den Oligarchen, beeinflusst wird. Diese Partei, die Anfang der 2000er Jahre gegründet wurde, integriert die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Interessen der Donezker Region und einiger Alliierten, zum Beispiel der wichtigen Gasakteure.

Politiker vs. Geschäftsleute?

Die alten politischen Füchse haben es zudem verstanden, ihre Positionen zu verteidigen, und bilden einen wichtigen Pfeiler der gegenwärtigen Mehrheitspartei. Seit der Präsidentschaft von Leonid Kutschma sicherten sich vormals etablierte sowjetische ökonomische und politische Akteure ihr Mitspracherecht auf der obersten politischen Ebene. Vorneweg Ministerpräsident Mykola Asarow, ein gebürtiger Russe, aber auch Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk. In der gegenwärtigen Regierung Asarow haben alte Bekannte aus der Kutschma-Regierungszeit wichtige Positionen inne. Das zeugt davon, dass der Einfluss der alten Garde heute nicht zu unterschätzen ist.

Eine Gemeinsamkeit dieser Herren ist ihre Bereitschaft zu großem Entgegenkommen gegenüber Russland. Diese Eigenschaft wird von der Business-Fraktion in der Partei der Regionen nicht besonders goutiert. Es kann nicht im Interesse der wichtigsten Geschäftsleute liegen, ihre Unternehmen mit russischen zusammenzulegen oder von diesen dominieren zu lassen – das bedeutet vor allem weniger Gewinne. Die Privat-Gruppe musste in dieser Hinsicht einige negative Lehren aus ihrem rus-

sischen Engagement ziehen. Unter den Geschäftsleuten sind nicht wenige, die Wert auf die ukrainische Unabhängigkeit und einen eigenen Nationalstaat legen, im Gegensatz zu der sowjetischen Fraktion, die, so scheint es häufig, noch von der Überlegenheit des sowjetischen (=russischen) Gesellschaftsmodells überzeugt ist.

In der Zweckgemeinschaft aus Politikern und Geschäftsleuten kommt es durchaus zu Überschneidungen. Es gibt Geschäftsleute, die politisch tätig sind und Politiker, die Geschäfte machen. In der Regel haben die Politiker aber keinen wesentlichen Anteil an den Wirtschaftsimperien der Oligarchen.

Die Oligarchen sind zumeist junge Geschäftsmänner und stellen eine echte Herausforderung für die Regierungsgarde dar, trotz der vordergründigen Geschlossenheit und der gemeinsamen politischen Plattform der Partei der Regionen. Auf beiden Seiten besteht aber kein Interesse daran, Konflikte öffentlich auszutragen.

Diese Männer sind im Schnitt um die 40 Jahre alt – viele Regierungsmitglieder sind hingegen dem Pensionsalter nahe. Die Jungen bringen neuen Wind in festgefahrene Strukturen, sie sind ökonomisch sehr erfolgreich, generieren viel Kapital, aus legalen und weniger legalen Geschäften. Ihre Geschäfte sind bisher nicht sehr vorteilhaft für die Gesamtentwicklung des Landes gewesen, jedoch haben sie einige Branchen auf Weltniveau gebracht, die Stahlindustrie etwa oder die Produktion von Düngemitteln.

Politischer und wirtschaftlicher Einfluss entwickeln sich sehr dynamisch. Regional einflussreiche Wirtschaftsbesitzer oder Politiker müssen nicht zwingend eine nationale Präsenz anstreben – ein Beispiel ist der Charkiwer Oligarch Oleksandr Jaroslawskij, der seinen Aktionsradius eingeschränkt hat. Die Beweggründe hierfür sind nur den regionalen Oligarchen selbst bekannt. Ins Auge fällt aber die Entschlossenheit der Donezker Akteure, von Anfang an nicht nur die regionale Wirtschaft und Politik, sondern auch die nationale Wirtschaft und Politik zu dominieren.

Schwache Opposition gegen das Businessmodell Ukraine

Anfang der 2000er Jahre formierte sich eine politische Opposition gegen Kutschma, zu der auch Julija Tymoschenko gehörte. Im Folgenden avancierte sie zur wichtigsten Vertreterin der Opposition. Sie ist es bisher geblieben, auch wenn sie in einem Schauprozess zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde und ihre Handlungsmöglichkeiten nun eingeschränkt sind.

Jedoch muss man hier innehalten: Tymoschenko gehört (oder gehörte) durchaus zur integrierten politischen Garde. Sie bekleidete während der Präsidentschaft von Leonid Kutschma höchste Staatsämter und war

überdies in der höchst korrupten Energiebranche aktiv, unter anderem als Vorsitzende der Vereinigten Energiesysteme der Ukraine, einer privaten und lukrativen Energiefirma, außerdem war sie von 1999 bis 2001 stellvertretende Ministerpräsidentin für den Energiebereich.

Ihre politischen Verbündeten aus dieser Zeit sind in Ungnade gefallen oder wurden verhaftet. Obwohl Tymoschenko aus dem gleichen Gebiet wie der alte Präsident Kutschma stammt (Dnipropetrowsk), ging sie keine engen Allianzen mit Kutschma-Verbündeten ein. Mangelnde strategische Allianzen, Verwicklungen in die Energiebranche und die offene Feindschaft mit Donezk wurden ihr langfristig zum Verhängnis.

Um die Position von Julija Tymoschenko besser zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick nötig. Sie ist eine klassische Einzelkämpferin, auch ihre oppositionelle politische Allianz mit Wiktor Juschtschenko im Winter 2004 war kurzlebig. Damals brachten Bürgerproteste das autokratische Regime von Leonid Kutschma zu Fall. Tymoschenko hatte im Verlauf der Proteste für mehr Demokratie im Winter 2004 die Führung der Protestbewegung immer mehr an sich gezogen und trieb das Land auf eine offene Konfrontation mit der alten Garde zu. Nicht viel hat gefehlt und es wäre zu einer blutigen Auseinandersetzung gekommen.

Wiktor Juschtschenko, der offizielle Oppositionsführer, wurde bei der Wahlwiederholung neuer Präsident der Ukraine. Im Januar 2005 setzte er Tymoschenko als Ministerpräsidentin ein.

Schlecht für die alte und neue Macht-Garde. Wiktor Janukowytsch, von Kutschma als Nachfolger ausgewählt, mit seinem Vehikel, der Partei der Regionen, waren aus dem Rennen. Dies war ein Rückschlag für alle politischen Pläne der alten Eliten und für die Wirtschaftsbosse aus Donezk, die sich durch einen der ihren als Präsident mehr Einfluss versprochen hatten.

Immerhin aber war Wiktor Juschtschenko Präsident geworden, ein Mann mit dem die politischen Herausforderer um Janukowytsch sprechen konnten, im Gegensatz zur starrköpfigen Julija Tymoschenko. Juschtschenko konsultierte regelmäßig wichtige Vertreter der heutigen politischen und ökonomischen Garde und versuchte, eine längerfristige Kooperation anzubahnen. Die verbohrt Opposition und offene Feindschaft, die Tymoschenko dem politischen Gegner entgegenbrachte, war ihm fremd. Er verstand sich als Mittler zwischen den alten und neuen Eliten, wovon auch seine Zeit als Ministerpräsident von 1999 bis 2001 geprägt war.

Aber trotzdem: Das Verhältnis zwischen Kutschma und Juschtschenko war sehr ambivalent. Im Jahr 2001 entließ Kutschma Juschtschenko aus dem Amt des Ministerpräsidenten (er war zu erfolgreich) und im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 ließ Kutschma angeb-

lich ein Dioxinattentat auf ihn verüben. Die Aufzeichnungen der Verhandlungen mit Kutschma und seiner Entourage während der Orangen Revolution sind noch aussagekräftiger: Kutschma wünscht Juschtschenko zur Hölle, dann trinkt er mit ihm auf Brüderschaft und sie handeln gemeinsam die Machtübergabe aus, worauf sie sich gemeinsam betrinken.

Juschtschenko sah sich im Folgenden einer konfrontativ auftretenden Tymoschenko gegenüber, die ihm Steine in den Weg legte, wo es nur ging. Auf der anderen Seite standen die geschlossenen Donezker bereit, die Schmach der Niederlage und der Nichtwahl von Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten wettzumachen. Sie näherten sich an und im Sommer 2006 ging Juschtschenko eine Koalition mit der Partei der Regionen ein, Wiktor Janukowytsch wurde Ministerpräsident. Die Herausforderer hatten einen Teilsieg errungen.

Was machte Tymoschenko? Einen großen Fehler. Sie wollte mit potenziellen demokratischen Mitstreitern nicht kooperieren. Das wurde schon 2001 klar, als ein gemeinsamer Oppositionsblock von Tymoschenko und Juschtschenko scheiterte, weil die beiden ihre Vorstellungen von einem politischen Wandel auf keinen gemeinsamen Nenner brachten. Ein weiteres interessantes Ereignis ist die kurzfristige Verhaftung Tymoschenkos im selben Jahr – am Ende ihrer Amtszeit als stellvertretende Ministerin für den Energiebereich, während der sie versucht hatte, einige wichtige Player im Gasgeschäft zu entmachten. Eine erste Warnung der Machtgarde.

Seitdem hat sie versucht, den Energiesektor aus dem Würgegriff individueller Interessen zu befreien. Das unverhoffte Amt der Ministerpräsidentin von 2007 bis 2010 kam ihr entgegen. So konnte sie ihre Linie bis zum Ende der Orangen Periode 2010 durchziehen – jedoch ohne Erfolg.

Auch wenn ihre Bemühungen zum großen Teil ohne Wirkung blieben, so war es doch ein sehr gewagter Vorgang, sich ohne Absicherung in das Haifischbecken Energiebranche zu wagen. Sie hatte es mit Milliarden zu tun, mit engen Verbindungen zu russischen Entscheidungsträgern und kriminellen Strukturen. Diese spielen in einer ganz anderen Liga: Unwahrscheinlich, dass sie diesen Affront auf sich sitzen lassen würden.

Die Situation seit dem Machtantritt Janukowytschs

In den Präsidentschaftswahlen 2010 erhielt Wiktor Janukowytsch 49%, Julija Tymoschenko 46% der Stimmen. Janukowytsch gewann in einigen Regionen im Osten des Landes mehr als 90% der Stimmen. Tymoschenkos Proteste gegen die Fälschung der Wahlen blieben ohne Folgen.

Janukowytsch wurde Präsident und er sah die Zeit gekommen, die Alleingänge von Tymoschenko zu stoppen. Im Mai 2010 eröffnete die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Verfahren gegen sie. Der unvoreilhaftige Gasvertrag mit Russland von 2009 wurde ihr zum Verhängnis. Im Oktober 2011 verurteilte sie ein regimetreundliches Gericht zu sieben Jahren Haft und einige Getreue, darunter einer der wichtigsten demokratischen Politiker, Jurij Luzenko, erhielten vergleichbare Gefängnisstrafen. Auch den Mord an einem Donezker Geschäftsmann Ende der 1990er Jahre soll sie verantworten. Unklar ist, ob sein Tod auf das Konto von Rinat Achmetow und seinen Leuten, Vertretern von Gasinteressen oder auf das des ehemaligen Ministerpräsidenten Pawlo Lasarenko und seiner Verbündeten Tymoschenko geht. Klar ist, dass es um viel Geld ging.

Das Fazit dieser Auseinandersetzungen ist: Donezker et al. haben die bedeutendsten politischen Akteure und Geschäftsleute in ihr Machtsystem integriert. Es bleibt die wenig demokratische Kommunistische Partei, deren Macht nicht unterschätzt werden sollte – zu oft hat sie das Zünglein an der Waage gespielt und auch verstanden, die jeweilige Regierungsgarde auszuspielen. Es sind nicht viele demokratische Konkurrenten in Freiheit übrig geblieben: Die Opposition unternimmt im Vorfeld der Parlamentswahlen 2012 Einigungsversuche, ist aber geschwächt.

Der Prozess gegen Tymoschenko und seine Medialisierung im Westen verdrängen andere Themen von der Bildfläche: Die Verdrängungs- und Konzentrationsprozesse in den großen Wirtschaftsbereichen werden nicht zur Kenntnis genommen. Rinat Achmetow konnte so in den letzten Monaten einige wichtige Transaktionen realisieren und Konkurrenten entscheidend schwächen. Die Akteure im Gasbusiness haben neue Unternehmen gegründet, vom Westen zum großen Teil unbemerkt.

Über die Autorin:

Dr. Nicole Gallina, wiss. Mitarbeiterin. Interfakultäres Institut für Mittel- und Osteuropa, Universität Freiburg/Schweiz. Forschungsgebiet: Politische Eliten, informelle Beziehungen, Machtnetzwerke in Osteuropa. Publikationen siehe www.nicolegallina.com

Präsident Wiktor Janukowytsch versucht sich, der allzu offensichtlichen Dominanz der Geschäftsleute zu entziehen. In letzter Zeit sind Stimmen laut geworden, die behaupten, dass er immer mehr auf seinen Sohn und Alliierte im Finanzbereich, dazu auf den Chef der Steuerverwaltung setze. Verteidigungsminister Dmytro Salamatin und der Chef des Geheimdienstes Ihor Kalinin sind alte Freunde mit Beziehungen zu Russland – ob sich Präsident Janukowytsch von Wladimir Putin hat beraten lassen?

Da ukrainische Oligarchen den Ball niedrig gehalten haben, was die politische Repräsentation angeht, wird ihr politischer Einfluss leicht unterschätzt. Ohne seine zwei wichtigsten Finanzgeber Dmytro Firtasch (Gas-Tycoon) und Rinat Achmetow ist es schwer vorstellbar, dass der Präsident seine Machtposition innerhalb des Donezk-Konglomerates halten kann. Eine hohe Vertreterin der Partei der Regionen bringt es auf den Punkt: Bei den wichtigsten Entscheidungen im Land wird vorher ein »Mann konsultiert, der Fußball liebt.«

Es scheint, dass die Oligarchen an dem Punkt angelangt sind, an dem sie immer sein wollten: Die wichtigsten politischen Institutionen werden von egoistischen und Geschäftsinteressen dominiert, Gerichte und Staatsanwaltschaft sind zum großen Teil abhängig von diesen. Einige investigative Medien prangern regelmäßig Verfehlungen der politischen Garde und unlautes Geschäftsgeschehen an; Folgen hat dies meist nicht.

Jedoch finden im Land immer noch halbwegs demokratische Wahlen statt: Die Partei der Regionen kann als Resultat der Wahlen an Einfluss verlieren, und die Geschäftsmänner werden zusätzliche Wege finden müssen, ihrem Business nachzugehen.

(2013 erscheint von der Autorin ein Buch zu diesem Thema)

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Die reichsten und einflussreichsten Ukrainer

Tabelle 1: Die reichsten Ukrainer laut Forbes-Liste März 2012

Rang in Gesamtliste	Name	Vermögen in US-Dollar	Alter
39	Rinat Achmetow	16,0 Mrd.	45
255	Wiktor Pintschuk	4,2 Mrd.	51
377	Ihor Kolomojskij	3,0 Mrd.	49
418	Hennadij Boholjubow	2,8 Mrd.	50
719	Konstjantyn Shewago	1,8 Mrd.	38
960	Jurij Kosjuk	1,3 Mrd.	43
1153	Petro Poroschenko	1,0 Mrd.	46
1153	Andrij Werewskij	1,0 Mrd.	37

Quelle: Forbes-Liste online, März 2012, http://www.forbes.com/billionaires/list/#p_8_s_a5_All%20industries_All%20countries_All%20states_

Tabelle 2: Die reichsten Ukrainer laut Korrespondent.net, 2011

Rang	Name	Vermögen in US-Dollar	Alter
1	Rinat Achmetow	25,6 Mrd.	44
2	Hennadij Boholjubow	6,6 Mrd.	49
3	Ihor Kolomojskij	6,2 Mrd.	48
4	Wiktor Pintschuk	5,9 Mrd.	50
5	Konstjantyn Shewago	3,2 Mrd.	37
6	Wiktor Nusenkis*	2,9 Mrd.	57
7	Dmytro Firtasch	2,25 Mrd.	46
8	Oleh Bachmatjuk	2,2 Mrd.	36
9	Oleksij Martynow	1,52 Mrd.	45
10	Oleksij Wadaturskij	1,5 Mrd.	63
11	Jurij Kosjuk	1,3 Mrd.	43
12	Oleksandr Jaroslawskij	1,2 Mrd.	51
13	Petro Poroschenko	980 Mio.	45

* Wird in der Forbes-Liste als Russe geführt.

Quelle: Korrespondent.net, <http://files.korrespondent.net/projects/top50>

Tabelle 3: Die einflussreichsten Ukrainer laut Korrespondent.net

2008	2009	2010	2011	2012
Julija Tymoschenko	Julija Tymoschenko	Wiktor Janukowytsch	Wiktor Janukowytsch	Wiktor Janukowytsch
Rinat Achmetow	Rinat Achmetow	Rinat Achmetow	Jurij Iwanjuschtschenko	Rinat Achmetow
Wiktor Juschtschenko	Wiktor Janukowytsch	Serhij Ljowotschkin	Serhij Ljowotschkin	Serhij Ljowotschkin
Wiktor Baloha	Wiktor Pintschuk	Mykola Asarow	Rinat Achmetow	Oleksandr Janukowytsch
Wiktor Pintschuk	Wiktor Juschtschenko	Andrij Kljuew	Mykola Asarow	Dmytro Firtasch
Wiktor Janukowytsch	Arsenij Jazenjuk	Boris Kolesnikow	Dmytro Firtasch	Mykola Asarow
Ihor Kolomojskij	Wolodymyr Lytwyn	Walerij Choroschkowskij	Andrij Kljuew	Boris Kolesnikow
Arsenij Jazenjuk	Ihor Kolomojskij	Dmytro Firtasch	Boris Kolesnikow	Andrij Kljuew
Raissa Bohatyrjowa	Oleksandr Turtschynow	Ihor Kolomojskij	Walerij Choroschkowskij	Arsenij Jazenjuk
Oleksandr Turtschynow	Wera Uljantschenko	Julija Tymoschenko	Julija Tymoschenko	Walerij Choroschkowskij

Quelle: Korrespondent.net, <http://files.korrespondent.net/projects/top100/2012>

Der ukrainische Nationalismus zwischen Stereotyp und Wirklichkeit

Zu einigen Komplikationen bei der Interpretation von befreiungs- vs. ultranationalistischen Tendenzen in der modernen Ukraine

Von Andreas Umland, Kiew

Zusammenfassung

Die widersprüchliche Geschichte der teils antitotalitären bzw. antiimperialen, teils rechtsextremen bis faschistischen ukrainischen Nationalbewegung ist der Hintergrund für vielfache Missverständnisse und Konflikte innerhalb und in den Außenbeziehungen der Ukraine. Der postsowjetische ukrainische parteiförmige Rechtsextremismus ist bislang schwächer als erwartet. Überdies konzentrierte sich die Unterstützung für die xenophobe Partei Swoboda (Freiheit) paradoxerweise auf die »europäischste« Region der Ukraine, Galizien. Betreffs der facettenreichen Geschichte der Aufstandsarmee UPA sind eindeutige historische Zuschreibungen und politische Urteile kaum möglich. Für die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) setzt sich zunehmend eine Klassifizierung als eine ukrainische Faschismusspielart durch. Emotionsgeladene Debatten werden noch über Jahre die Analyse des modernen ukrainischen Nationalismus erschweren.

Einleitung

In der internationalen Wahrnehmung der ukrainischen Rolle im Zweiten Weltkrieg werden manchmal nicht die Leiden der ukrainischen Bevölkerung, sondern die Zusammenarbeit einiger ukrainischer Gruppierungen mit der deutschen Besatzungsmacht in den Vordergrund gerückt. Bei etlichen oberflächlich an Osteuropa interessierten westlichen Beobachtern sind die Ukrainer gar als Kollaborateure Nazideutschlands, wenn nicht unverbesserliche Nationalisten stereotypisiert. US-Präsident George Bush Senior etwa hielt 1991 in der ukrainischen Hauptstadt eine berühmt-berüchtigte Rede, die später als »Chicken Kiev Speech« bezeichnet wurde. Darin warnte Bush Senior die Ukrainer vor »selbstmörderischem Nationalismus«. Diese Ermahnung war in Kiew schon damals deplatziert.

Die anomale Schwäche des parteiförmigen Rechtsextremismus

Sie erscheint 20 Jahre später als geradezu absurd: Trotzdem die Ukraine seit Erlangung ihrer Unabhängigkeit eine der tiefsten sozioökonomischen Krisen im Nachkriegseuropa erlebte, hat es bis heute keine rechtsradikale Fraktion im ukrainischen Parlament gegeben. Damit unterscheidet sich die Ukraine nicht nur von den meisten anderen osteuropäischen Transformationsstaaten, deren nationale Parlamente wiederholt mehr oder minder starke radikal nationalistische Fraktionen enthielten. Die Ukraine hebt sich mit ihrem bislang ungewöhnlich schwachen parteiförmigen Rechtsextremismus auch von etlichen westeuropäischen Demokratien ab, in denen – im Unterschied zur Bundesrepublik – rechtsradikale und populistische Parteien in den letzten Jahrzehnten wiederholt beachtliche Wahlerfolge auf nationaler Ebene einfuhren.

Dass es nicht eine einzige der auch in der Ukraine existenten ultranationalistischen Gruppierungen bislang ins nationale ukrainische Legislativorgan geschafft hat, ist umso bemerkenswerter, als die bisherige Eingangsbarriere zum Parlament mit 4% bzw. 3% relativ niedrig und etwa unter der deutschen 5%-Marke lag. Damit ist die Ukraine entgegen einer im Westen landläufigen Wahrnehmung eines der bislang am wenigsten von radikalem politischen Nationalismus infizierten Länder Europas. Bei der Fußball-Europameisterschaft 2012 wurde nochmals die Diskrepanz zwischen Stereotyp und Wirklichkeit deutlich: In westlichen Massenmedien – allen voran in der britischen Boulevardpresse – wurde im Vorlauf der Wahlen teils hysterisch vor gewalttätigen ukrainischen Rassisten gewarnt. Der Eindruck derjenigen internationalen Fußballfans, die trotz der schrillen Warnungen kamen, war gegenteilig: Die Ukrainer waren überwiegend gastfreundlich – unabhängig von der Hautfarbe der Gäste.

Die OUN im historischen und regionalen Kontext

Unter einigen westlichen Osteuropabeobachtern wird zudem die historische Bedeutung der berüchtigten Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) vor und während des Zweiten Weltkrieges überschätzt. Der ukrainische Ethnozentrismus war damals sowohl rechtsextrem als auch befreiungsnationalistisch und daher als Nationalbewegung ambivalent. Der militärische Arm der OUN, die Ukrainische Aufstandsarmee UPA, etwa kämpfte nicht nur gegen die Rote Armee, sondern vereinzelt auch gegen SS und Wehrmacht. Fraglos machten sich tausende Mitglieder der OUN/UPA 1941–1944 an Kriegsverbrechen gegen Polen, Juden, andersdenkende Ukrainer, Russen und

andere Gruppen sowie der sporadischen Zusammenarbeit mit der deutschen Vernichtungsmaschine schuldig. Andererseits war ein Teil des von der UPA organisierten Guerillakrieges und insbesondere dessen Unterstützung in der westukrainischen Zivilbevölkerung weniger von ultranationalistischen als von antitotalitären Motiven, noblem Freiheitswillen und hartnäckigem Unabhängigkeitsstreben bestimmt.

Das ändert wenig daran, dass die Ideologie der die UPA dominierenden Organisation Ukrainischer Nationalisten zu dieser Zeit faschistisch und daher selbst totalitär war. Auch an der Schuld, die sich die ukrainische »Befreiungsbewegung« durch Aktionen, wie das UPA-Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung Wolyniens 1943, aufzählt, besteht kein Zweifel. Nichtsdestoweniger sind bestimmte Facetten der Aktivitäten der ukrainischen Aufständischen in den 1940er und 1950er Jahren trotz des Faschismus ihrer Führung und genozidalen Tendenzen an der Basis als – im deutschen Sprachgebrauch – »Widerstand« qualifizierbar. Die Kompliziertheit des gleichzeitig rechtsextremen und freiheitlichen Impetus bzw. der Widerspruch zwischen dem antitotalitären Selbstverständnis der Aufstandsarmee und der totalitären OUN-Ideologie ihrer Führung sorgt bis heute für frustrierende Missverständnisse, tiefe Verbitterung und anhaltende Entfremdung unter Ukrainern verschiedener politischer Couleur sowie in den Beziehungen zwischen national orientierten Ukrainern auf der einen Seite und Polen, Juden, Russen usw. auf der anderen.

Im Rahmen der Standarddiskussion um die Zugehörigkeit der Ukraine zum politischen-kulturellen Nachkriegskonstrukt Europa ergibt sich eine geradezu paradoxe Kontextualisierung des ukrainischen Ultranationalismus. Die OUN und ihre heutige Heroisierung konzentriert sich auf den eigentlich »europäischsten« Teil der Ukraine – das habsburgisch geprägte Galizien, welches erst 1939 von der UdSSR okkupiert wurde. In etlichen galizischen Städten und Dörfern ist das österreichisch-ungarische Erbe noch immer deutlich spürbar. Auf eine traurig-kuriose Art und Weise äußert sich die historische Verbundenheit Galiziens mit Österreich und Ungarn nun auch in den politischen Spektra der drei einst vereinten Kulturlandschaften: Im gesamten ehemaligen Kernland des Habsburger Reiches sind nationalpopulistische und radikale Tendenzen heute relativ stark. In Österreich konkurrieren zwei rechtspopulistische Parteien, die BZÖ und die FPÖ, um ca. ein Drittel der Wählerstimmen, während in Ungarn die klar rechtsextreme sog. Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik) der ebenfalls rechtslastigen nationalkonservativen Regierungspartei, der sog. Ungarischen Bürgerunion (Fidesz), Konkurrenz macht.

Die politische Bedeutung der sog. Freiheitspartei

In den galizischen Regionen Lwiw, Iwano-Frankiwsk und Ternopil gibt seit zwei Jahren die ultranationalistische sog. All-Ukrainische Union »Swoboda« (Freiheit) unter der Führung des Lwiwer Arztes und Juristen Oleh Tjahnybok den politischen Ton an. Der Name und die Stilistik von Tjahnyboks 2004 auf Grundlage der neofaschistischen Sozial-Nationalen Partei der Ukraine geschaffenen Freiheitsunion scheinen teils der österreichischen FPÖ nachempfunden zu sein. Swoboda betrachtet sich als das heutige Äquivalent der OUN und dominiert insbesondere die Stadtparlamente der drei Regionenhauptstädte Galiziens.

Die nationalistische Infektion der politischen Kultur und Zivilgesellschaft im geographisch und kulturell Mitteleuropa zugehörigen Galizien erinnert in vielerlei Hinsicht an ähnliche Tendenzen bei den westlichen Nachbarn der Ukraine. Swoboda ist durch seine Mitgliedschaft in der sog. Allianz Europäischer Nationaler Bewegungen mit der französischen Nationalen Front, British National Party, bulgarischen »Ataka«, ungarischen Jobbik-Bewegung, italienischen Fiamma Tricolore, schwedischen Nationaldemokratischen Partei, dänischen Nationalen Demokratie, portugiesischen Partei der Nationalen Wiedergeburt und spanischen Sozialrepublikanischen Bewegung – alle klar rechtsradikal – verbunden. Swobodas kürzlicher Aufstieg ist damit bizarrerweise ein pathologischer Ausdruck des Europäismus der Westukraine. Heute schadet ein eher mittel- oder gar gesamteuropäischer, denn ein postsowjetischer Nationalismus dem ohnehin angeschlagenen Image des Landes insbesondere in Polen, Russland und Israel. Allenfalls die erhebliche Russophobie der Parteiideologie, der offenbar besonders hohe Anteil von Protestwählern unter Swoboda-Unterstützern sowie die subregionale Konzentration von Tjahnyboks Union im galizischen Teil der Westukraine unterscheidet diese Organisation strukturell von ihren weiter westlich agierenden Schwesterparteien.

Man kann vor diesem Hintergrund quasi froh sein, dass Galizien als die »europäischste« Subregion der Ukraine vor allem historisch-kulturell, jedoch weniger demographisch ins Gewicht fällt. Die ungewöhnlich hohen Zustimmungsraten für ultranationalistische Parteien, nicht nur für Swoboda, in Galizien werden durch die relativ niedrige summarische Bevölkerungszahl der drei galizischen Regionen neutralisiert. Sie machen insgesamt nur ca. 5 Millionen der ca. 45 Millionen Einwohner der Ukraine aus. Die zunehmenden, seit Februar 2010 hauptsächlich durch Ablehnung von Janukowytchs Präsidentschaft motivierten galizischen Wählerpräferenzen für Swoboda waren bislang unzureichend,

um den ukrainischen Rechtsextremismus auch auf nationaler Ebene bedeutsam zu machen. Dies könnte sich jedoch bei den bevorstehenden Parlamentswahlen am 28. Oktober 2012, bei denen Swoboda entweder knapp unter oder aber knapp über der 5%-Hürde abschneiden dürfte, ändern.

Die OUN als eine ukrainische Faschismusspielart

Wie auch die Freiheitspartei der letzten Jahre, war die OUN vor und während des Zweiten Weltkrieges eine typische europäische Erscheinung. Sie war nur eine der vielen damaligen Spielarten des internationalen Faschismus und anderen mittelosteuropäischen klassischen Faschismen ähnlich, etwa der slowakischen Hlinka-Garde und der kroatischen Ustascha. Auch war sie ein eher regional als national bedeutsames, d. h. im Wesentlichen auf die Westukraine beschränktes Phänomen. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die Zahl der Ukrainer, die in der Roten Armee gegen die Achsenmächte kämpften, mit mindestens vier Millionen um ein Vielfaches die Zahl der ukrainischen Kollaborateure überstieg, die mehrere tausend Männer (und noch weit weniger Frauen) – genaue Schätzungen gibt es nicht – in Wehrmacht, Waffen-SS, Schutzmannschaften und Zivilverwaltung umfasste. Ukrainer haben sich ebenso stark wie Russen, Belarussen oder Polen, deren Vertreter teils ebenfalls kollaborierten, an der Niederschlagung des Dritten Reiches beteiligt.

Der damalige Anführer der ukrainischen Nationalisten und seither von vielen Westukrainern als Nationalheld verehrte Stepan Bandera ist freilich eine – milde ausgedrückt – ambivalente historische Figur. Banderas Gefolgsleute im radikalen Flügel der OUN waren zumeist fanatische Nationalisten und in vielfache Gewaltaktionen gegen Zivilisten involviert – darunter sowohl rassistisch motivierte Massenmorde als auch Erschießungen andersdenkender Ukrainer. Von deutschen Kommentatoren muss jedoch ebenfalls daran erinnert werden (was von Ukrainern häufig vermerkt wird), dass der Ultranationalist und Terrorist Bandera einen Teil des Zweiten Weltkrieges in deutscher Gefangenschaft, davon einige Monate im Zellenbau des KZs Sachsenhausen, verbrachte. Zwei seiner Brüder kamen unter ungeklärten Umständen in Auschwitz um. Schließlich wurde ein großer Teil seiner Familie Opfer von Stalins Schergen; Bandera selbst wurde 1959 von einem sowjetischen Geheimagenten in München ermordet.

Vor dem Hintergrund solcher und ähnlicher historischer Komplikationen sind Stigmatisierungen der Rolle von Ukrainern im Zweiten Weltkrieg riskant. Angesichts der mannigfachen Paradoxa und Widersprüche in der Geschichte der ukrainischen Nationalbewegung

im 20. Jahrhundert sind eindeutige politische und moralische Urteile schwer zu fällen. Wie der Hamburger Osteuropahistoriker Frank Golczewski in seiner 2010 erschienen grundlegenden Monographie »Deutsche und Ukrainer 1914–1939« treffend anmerkte: »Für Feinde der nationalistischen Ukrainer waren diese nur Schergen und Kollaborateure des deutschen Nationalsozialismus, für deren Anhänger nur Unabhängigkeitskämpfer, Zwangsarbeiter und NS-Verfolgte. Zuzugeben, dass beides zeitnah bis gleichzeitig möglich war, widerstrebt häufig einem bipolaren Ordnungen bevorzugenden interpretativen Denken« (S. 10–11).

Auf der anderen Seite wäre Zurückhaltung bei vergleichend-historischen Kategorisierungen – dort wo sie möglich und fruchtbringend erscheinen – ebenfalls fehl am Platze. Wenn sich eine komparatistische Einordnung ukrainischer Ereignisse anbietet und geeignete generische Konzepte finden, sollten diese auch genutzt werden. Dies gilt in erster Linie für die viel diskutierte Klassifikation der Bandera-Fraktion der OUN als »faschistisch« – eine Frage, die sich heute auch betreffs der Swoboda-Partei und anderer radikaler nationalistischer Gruppierungen stellt. Der allgemeine Faschismusbegriff ist zwar politisch aufgeladen, jedoch heuristisch nützlich, wie in einigen Debatten innerhalb der internationalen vergleichenden Rechtsextremismusforschung jüngst nochmals illustriert. Das Attribut faschistisch wurde bezüglich der OUN(B) in den letzten Jahren verwendet von so ausgewiesenen Historikern des ukrainischen Nationalismus, wie – in alphabetischer Reihenfolge – Franziska Bruder (Berlin), John-Paul Himka (Edmonton), Taras Kurylo (Calgary), David Marples (Edmonton), Grzegorz Rossolinski-Liebe (Berlin), Per Anders Rudling (Lund), Anton Shekhovtsov (Wien) oder Timothy Snyder (New Haven).

Die sich in häufigen publizistischen Scharmützeln, ja teils Aufsehen erregenden öffentlichen Skandalen äußernde Umstrittenheit des ukrainischen Nationalismus dürfte in den kommenden Jahren noch für etliche Aufregung in der ukrainischen Medienlandschaft, Erinnerungspolitik sowie Zeitgeschichtsschreibung und womöglich sogar in den Außenbeziehungen Kiews sorgen. Dies hat weniger mit den Spezifika der ukrainischen Nationalbewegung und schon gar nichts mit etwaigen Pathologien der Nationalkultur der Ukrainer zu tun, wie es bei manchen Kritikern durchklingt. Vielmehr sind diese heftigen Auseinandersetzungen natürliches Resultat der besonders komplizierten Geschichte des Unabhängigkeitsstrebens eines breiten Spektrums national orientierter Ukrainer im Verlauf des letzten Jahrhunderts.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Andreas Umland (1967) Dr.phil., Ph.D., Politologe, DAAD-Fachlektor für Deutschland- und Europastudien an der Kiewer Mohyla-Akademie, Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (www.ibidem-verlag.de/spps.html) und Mitglied des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropäische Studien, Eichstätt, sowie des Valdai Discussion Club, Moskau.

Olexander Iwanow (Kiew), Grzegorz Rossolinski-Liebe (Berlin), Wilfried Jilge (Leipzig), Leonid Luks (Eichstätt), Anton Shekhovtsov (Wien) und Per Anders Rudling (Lund) danke ich für ihre ausführlichen Kommentare und nützlichen Vorschläge zu einer früheren Version dieses Textes. Für verbleibende Fehler und Fehlinterpretationen bin ich allein verantwortlich.

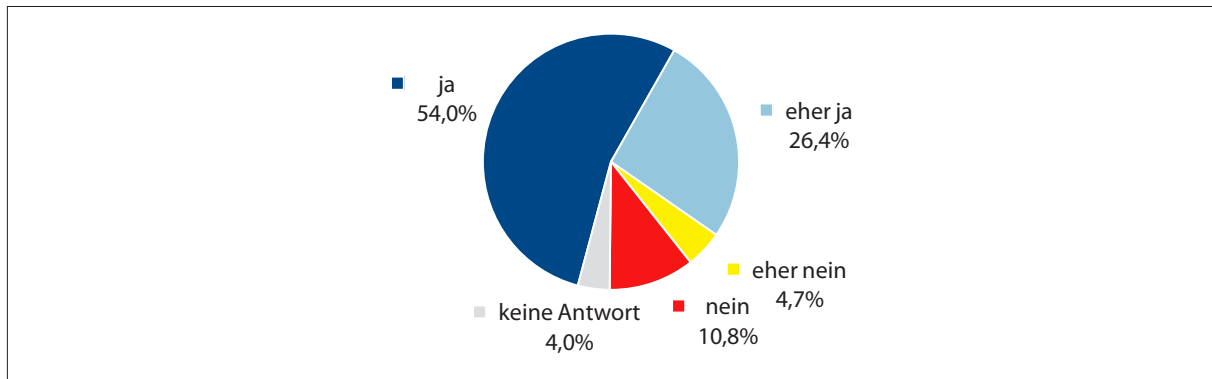
Literatur:

- Tarik C. Amar u. a., Hgg.: *Strasti za Banderuju*. Kyjiv, 2010.
- Franziska Bruder: »Den Ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!« Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929–1948. Berlin, 2007.
- Frank Golczewski: *Deutsche und Ukrainer 1914–1939*. Paderborn, 2010.
- Roger Griffin u. a., Hgg.: *Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right*. Stuttgart, 2006.
- Wilfried Jilge: Nationalukrainischer Befreiungskampf. Die Umwertung des Zweiten Weltkrieges in der Ukraine, in: *Osteuropa*, Bd. 58, Nr. 6, 2008, S. 167–186.
- Grzegorz Rossolinski-Liebe: The “Ukrainian National Revolution” of 1941. Discourse and Practice of a Fascist Movement, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History*, Bd. 12, Nr. 1, 2011. S. 83–114.
- Per Anders Rudling: The OUN, the UPA and the Holocaust. A Study in the Manufacturing of Historical Myths. The Carl Beck Papers in Russian and East European Studies, Nr. 2107. Pittsburgh, 2011.
- Anton Šechovcov und Andreas Umland: Pravoradikal'naja partijnaja politika v postsovetskoj Ukraine i zagadka marginal'nosti ukrainskich ul'tranacionalistov v 1994–2009 gg., in: *Forum novejšej vostočnoevropejskoj istorii i kul'tury*, Bd. 8, Nr. 2, 2011. S. 157–180.
- Anton Shekhovtsov: The Creeping Resurgence of the Ukrainian Radical Right? The Case of the Freedom Party, in: *Europe-Asia Studies*, Bd. 63, Nr. 2, 2011. S. 203–228.
- Anton Shekhovtsov: The West on Ukraine. When “anti-racism” becomes xenophobia, in: *Open Democracy*, 8.6.2012, <http://www.opendemocracy.net/od-russia/anton-shekhovtsov/west-on-ukraine-when-%E2%80%98anti-racism%E2%80%99-becomes-xenophobia>.
- Andreas Umland: Die andere Anomalie der Ukraine. Ein Parlament ohne rechtsradikale Fraktionen, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 41, 2008. S. 7–11.

UMFRAGE

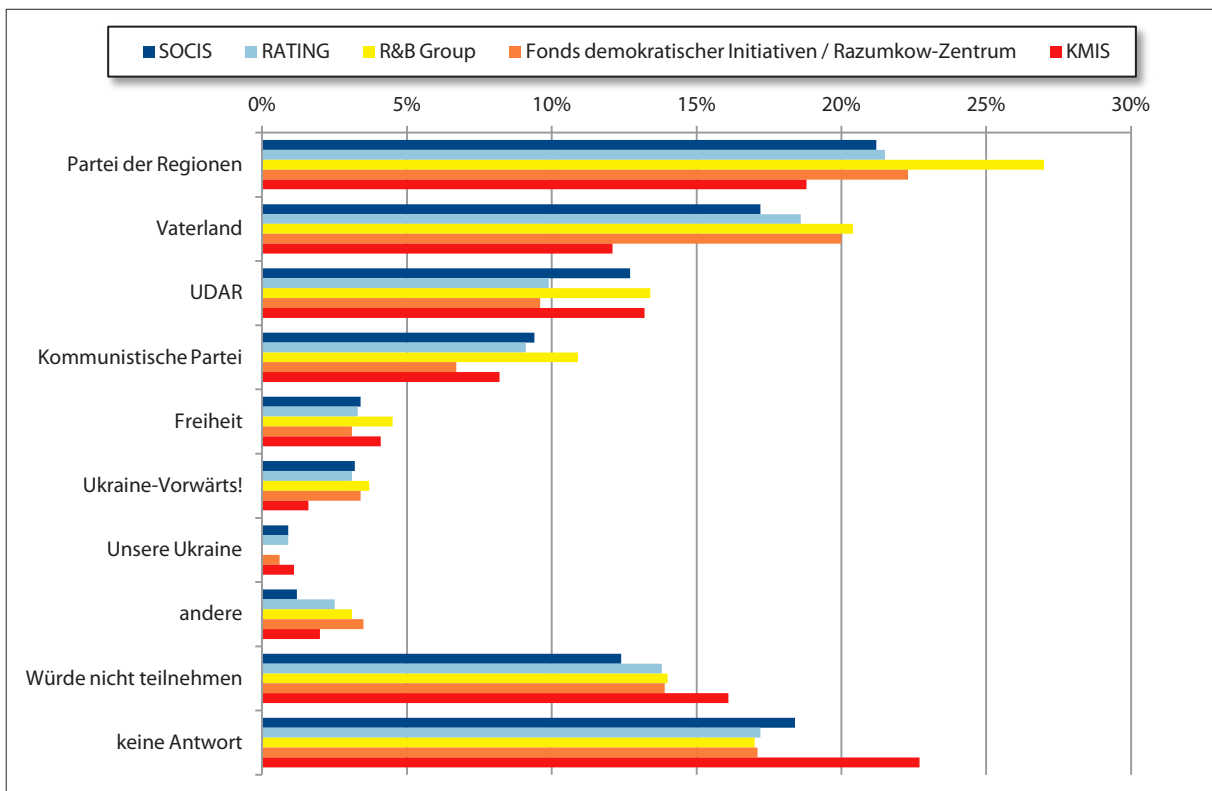
Zu den bevorstehenden Parlamentswahlen

Grafik 1: Werden Sie an den Parlamentswahlen teilnehmen?



Quelle: repräsentative Umfrage von SOCIS vom 7. bis 17.9.2012, <http://www.socis.kiev.ua/ua/press/rezultaty-monitorynhovoho-doslidzhennja-ukrajina-ta-ukrajntsi-2.html>

Grafik 2: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären?



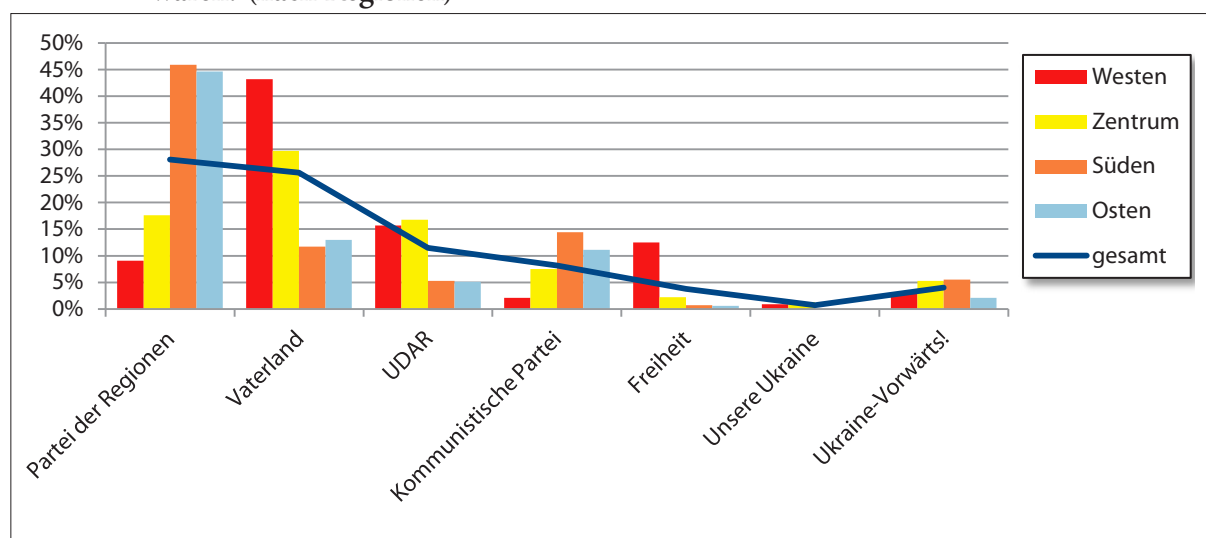
Quelle: repräsentative Umfrage von SOCIS vom 7. bis 17.9.2012, <http://www.socis.kiev.ua/ua/press/rezultaty-monitorynhovoho-doslidzhennja-ukrajina-ta-ukrajntsi-2.html>, repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating vom 1. bis 11.9.2012, <http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14018/>, repräsentative Umfrage der R&B Group vom 23.8. bis 5.9.2012, <http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8576/>, repräsentative Umfrage vom Fonds demokratischer Initiativen vom 10. bis 15.9.2012, <http://dif.org.ua/ua/polls/2012-year/vibori-2012-za-k.htm>, repräsentative Umfrage vom Kiewer internationalen Institut für Soziologie, KMIS, vom 21.9. bis 1.10.2012, <http://www.kiis.com.ua/index.php?lang=eng&cat=reports&id=100>

Tabelle 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären?

	SOCIS	RATING	R&B Group	Fonds demokratischer Initiativen / Razumkow-Zentrum	KMIS
Partei der Regionen	21,2%	21,5%	27,0%	22,3%	18,8%
Vaterland	17,2%	18,6%	20,4%	20,0%	12,1%
UDAR	12,7%	9,9%	13,4%	9,6%	13,2%
Kommunistische Partei	9,4%	9,1%	10,9%	6,7%	8,2%
Freiheit	3,4%	3,3%	4,5%	3,1%	4,1%
Ukraine-Vorwärts!	3,2%	3,1%	3,7%	3,4%	1,6%
Unsere Ukraine	0,9%	0,9%		0,6%	1,1%
andere	1,2%	2,5%	3,1%	3,5%	2,0%
Würde nicht teilnehmen	12,4%	13,8%	14,0%	13,9%	16,1%
keine Antwort	18,4%	17,2%	17,0%	17,1%	22,7%

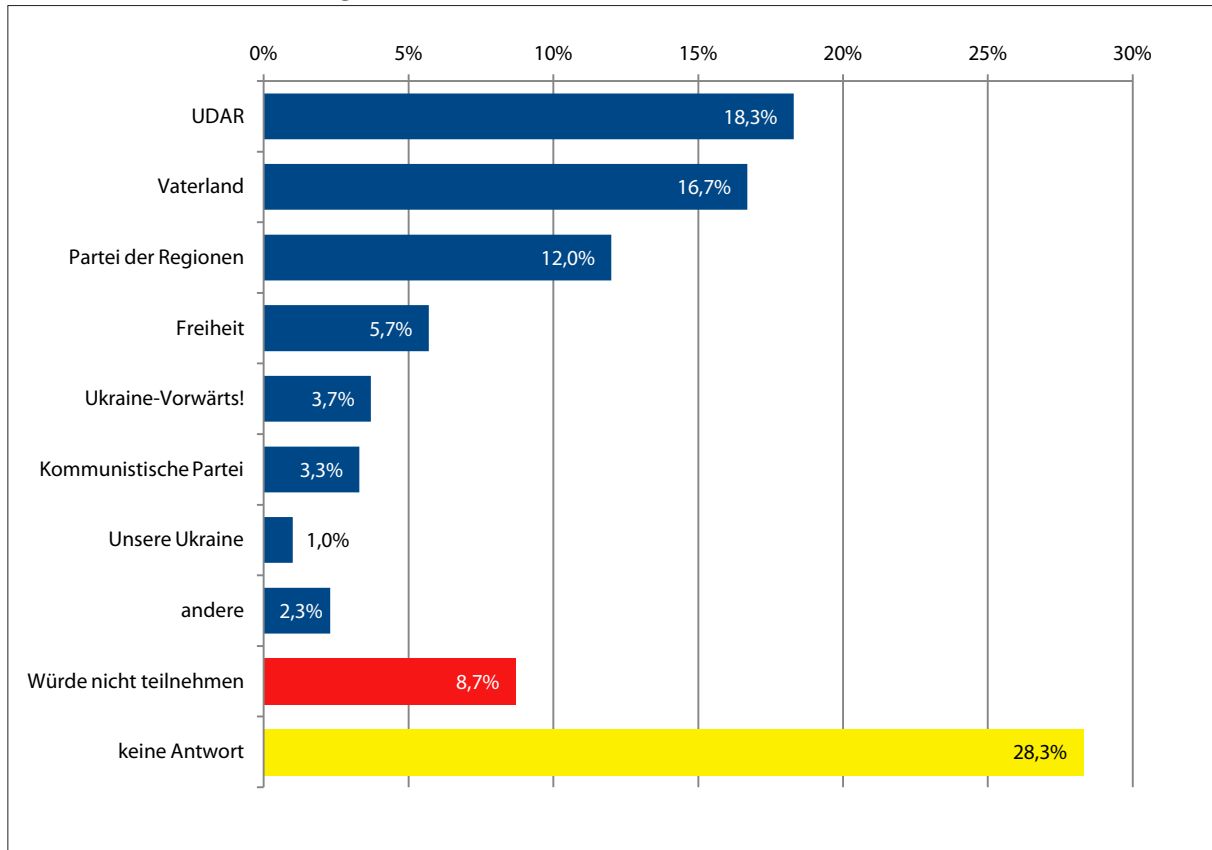
Quelle: repräsentative Umfrage von SOCIS vom 7. bis 17.9.2012, <http://www.socis.kiev.ua/ua/press/rezultaty-monitorynhovooho-doslidzhennja-ukrajina-ta-ukrajintsi-2.html>, repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating vom 1. bis 11.9.2012, <http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14018/>, repräsentative Umfrage der R&B Group vom 23.8. bis 5.9.2012, <http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8576/>, repräsentative Umfrage vom Fonds demokratischer Initiativen vom 10. bis 15.9.2012, <http://dif.org.ua/ua/polls/2012-year/vibori-2012-za-k.htm>, repräsentative Umfrage vom Kiewer internationalen Institut für Soziologie, KMIS, vom 21.9. bis 1.10.2012, <http://www.kiis.com.ua/index.php?lang=eng&cat=reports&id=100>

Grafik 3: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären? (nach Regionen)



Quelle: repräsentative Umfrage vom Fond demokratischer Initiativen vom 10. bis 15.9.2012, <http://dif.org.ua/ua/polls/2012-year/vibori-2012-za-k.htm>

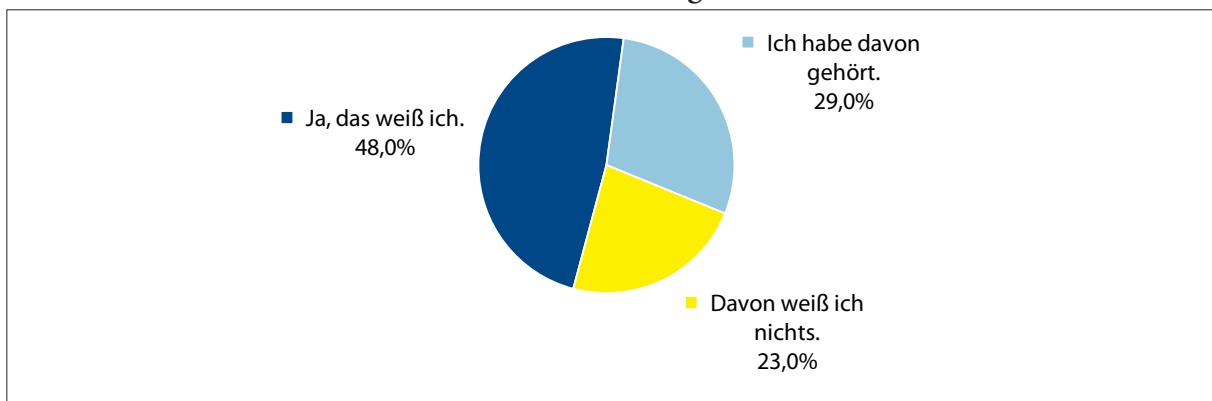
Grafik 4: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären? (Umfrage in Kiew)



Quelle: repräsentative Umfrage von SOCIS in Kiew vom 1. bis 8.10.2012,

<http://www.socis.kiev.ua/ua/press/tsentr-sotsialnykh-ta-marketynhovykh-doslidzhen-sotsys-proviv-elektoralne-doslidzhennja-u-vyb.html>

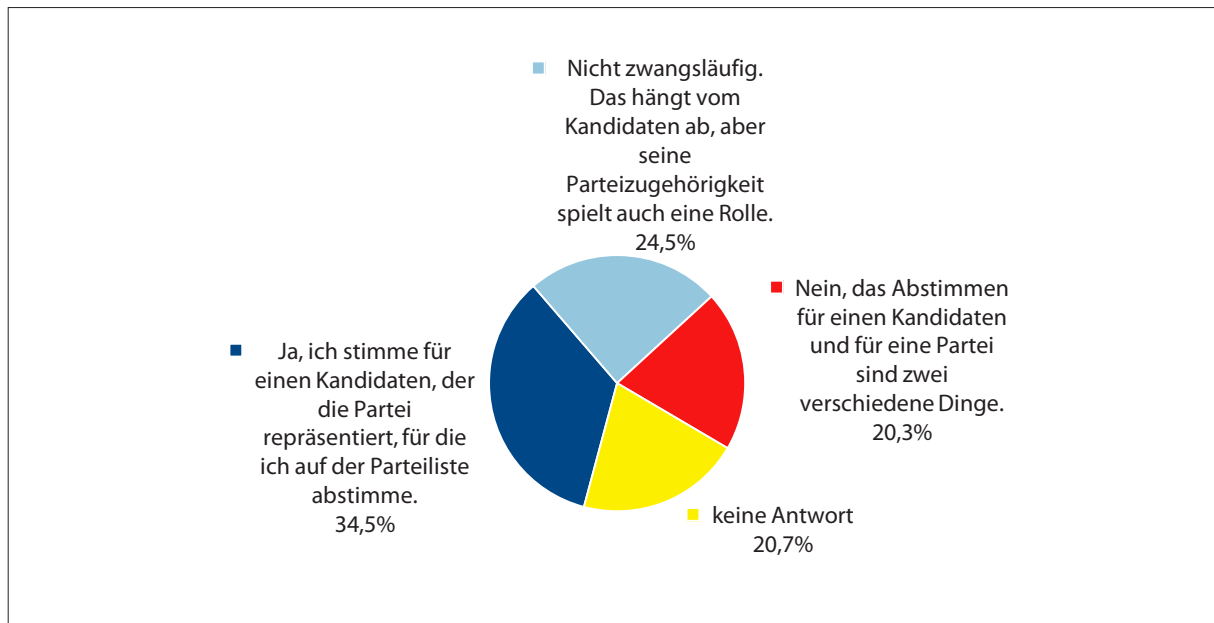
Grafik 5: Wissen Sie, dass entsprechend dem neuen Wahlgesetz die Hälfte der Abgeordneten im Parlament nach Mehrheitswahlkreisen gewählt wird?



Quelle: repräsentative Umfrage vom Fond demokratischer Initiativen vom 10. bis 15.9.2012,

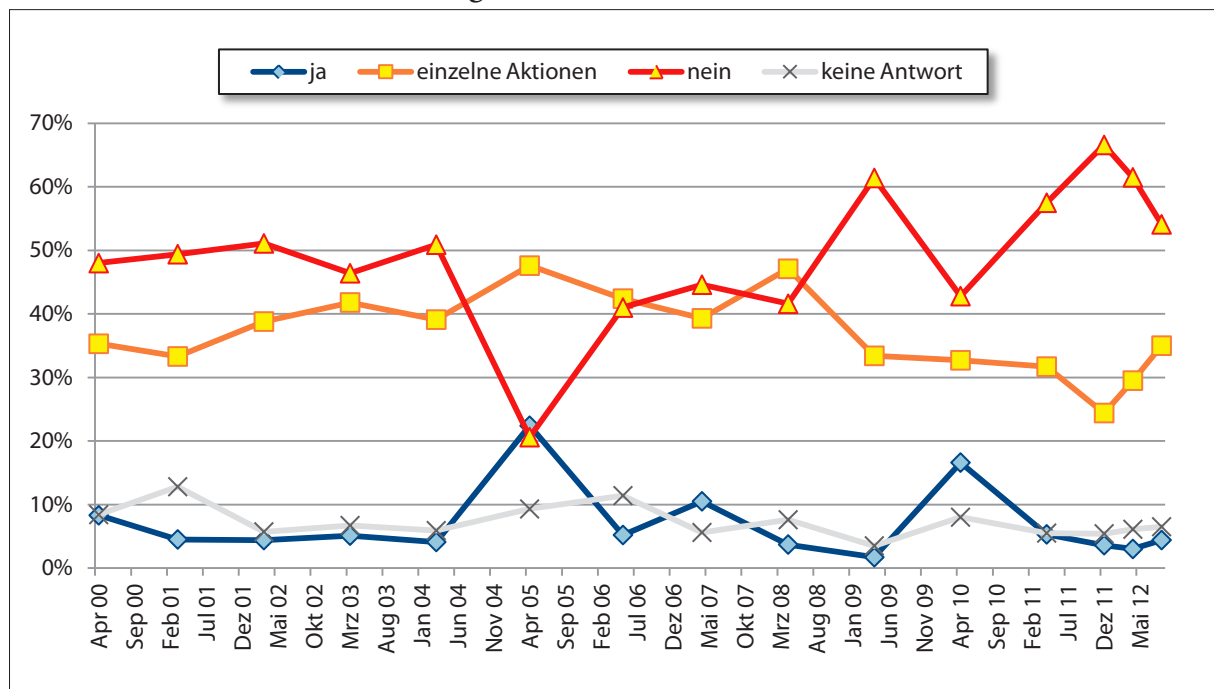
<http://dif.org.ua/ua/polls/2012-year/vibori-2012mazhoritarnih-okrugah.htm>

Grafik 6: Geben Sie im Mehrheitswahlkreis Ihre Stimme einem Kandidaten, für dessen Partei Sie auch auf der landesweiten Parteiliste stimmen?



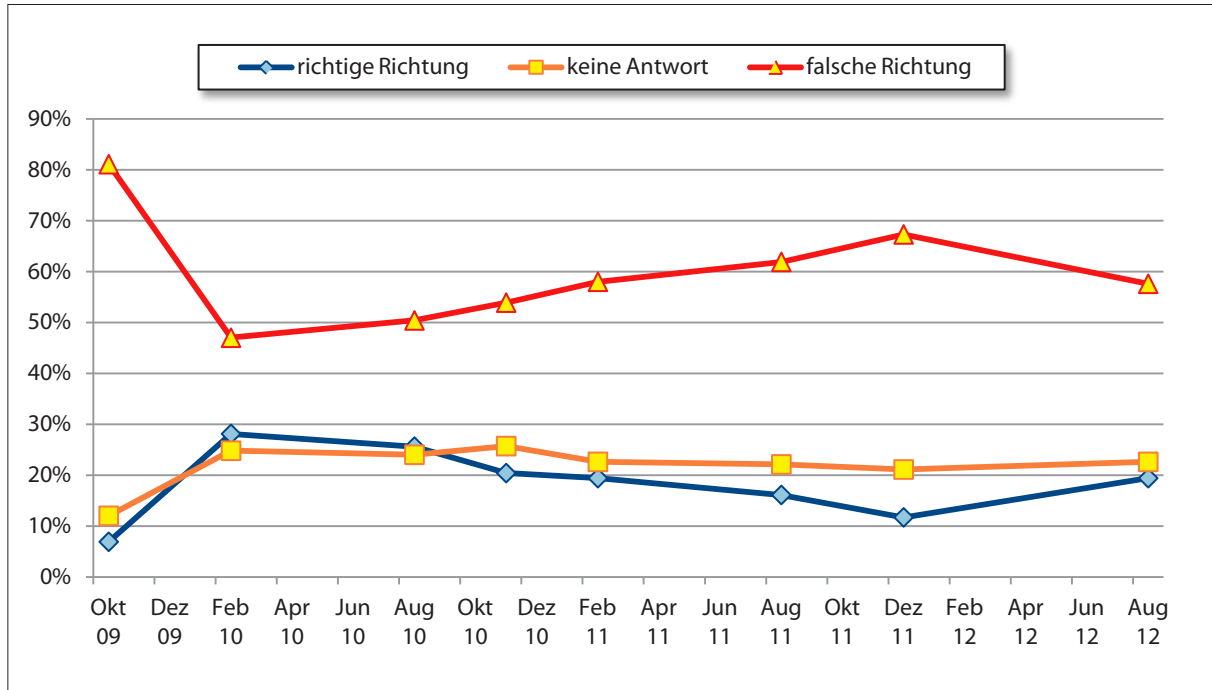
Quelle: repräsentative Umfrage vom Fond demokratischer Initiativen vom 10. bis 15.9.2012, <http://dif.org.ua/ua/polls/2012-year/vibori-2012mazhoritarnih-okrugah.htm>

Grafik 7: Unterstützen Sie die Tätigkeit des ukrainischen Parlaments?



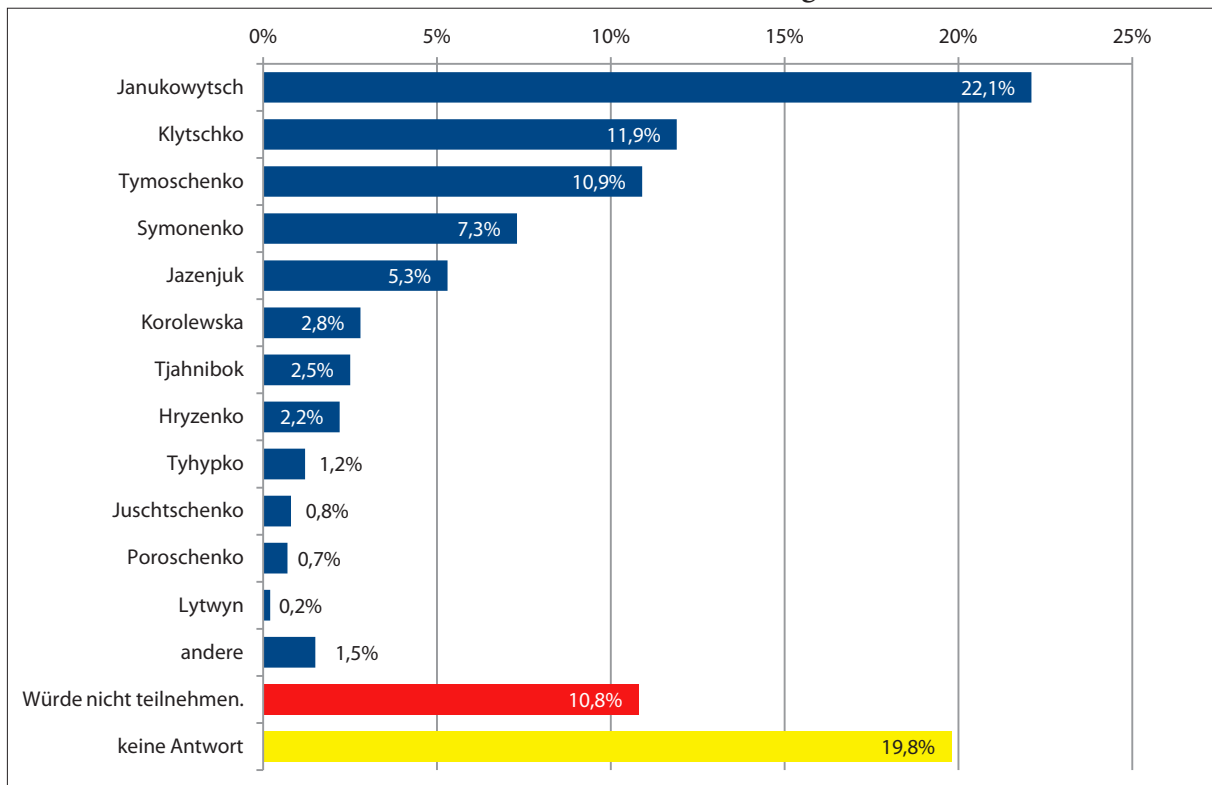
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums, http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=68

Grafik 8: Entwickelt sich die Ukraine derzeit in die richtige oder in die falsche Richtung?



Quelle: repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums, http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=66

Grafik 9: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären?



Quelle: repräsentative Umfrage von SOCIS vom 7. bis 17.9.2012, <http://www.socis.kiev.ua/ua/press/rezultaty-monitorynhovoho-doslidzhennja-ukrajina-ta-ukrajintsi-2.html>

Vom 12. September bis 9. Oktober 2012

12.9.2012	Die Regierung bestätigt den Haushaltsentwurf für das Jahr 2013. Er wird dem Parlament vorgelegt, das ihn drei Tage später an die Regierung zur Bearbeitung zurückgibt. Der Entwurf sieht ein Haushaltsdefizit in Höhe von 1,65 % des BIP vor, eine Inflationsrate von 5,9 % und ein BIP-Wachstum von 4,5 %.
13.9.2012	Energieminister Jurij Bojko beantragt bei Gazprom den Kauf von 24,5 Mrd. m ³ Gas im Jahr 2013. Das ist etwas weniger als die Hälfte der im Vertrag von Januar 2009 vereinbarten Liefermenge von 52 Mrd. m ³ .
15.9.2012	Auf der Jahreskonferenz der Europäischen Strategie in Jalta erklärt Ministerpräsident Mykola Asarow, dass die Ukraine derzeit 5 Mrd. US-Dollar im Jahr mehr für Gas an Russland zahle als es der durchschnittliche Marktwert verlange. EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle kritisiert die Ukraine scharf in seiner Rede und besteht darauf, dass es »keine Kompromisse bei den Werten« geben könne. Im Gegensatz zum Vorjahr reist auch eine große russische Delegation an, die abermals finanzielle Vorteile beim Eintritt der Ukraine in die Zollunion verspricht.
15.9.2012	EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärt, dass die politischen Zustände in der Ukraine derzeit nicht für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens sprechen.
18.9.2012	Der Kreisrat von Berehowo, Region Transkarpatien, erkennt Ungarisch als Regionalsprache in seinem Bezirk an. Am 7.9.2012 hatte der Stadtrat von Berehowo eine ebensolche Entscheidung gefällt.
18.9.2012	Der Leiter des Wahlkomitees, Oleksandr Tschernenko, erklärt, dass das Verschenken von Produkten, die einen Wert von 32 Hrywnja (ca. 3 Euro) nicht übersteigen, durch Parlamentskandidaten an potenzielle Wähler, kein Vergehen darstellt.
19.9.2012	Der am 23.12.2011 zum Vorsitzenden des Obersten Gerichts gewählte Petro Pylyptschuk beantragt aufgrund seines Alters die Versetzung in den Ruhestand.
20.9.2012	Der nationale Journalistenverband der Ukraine spricht sich gegen das geplante Gesetz zur Anhebung der Strafe gegen Verleumdung aus. Auch die OSZE und einige EU-Politiker kritisieren den Vorschlag.
24.9.2012	Wasył Wolga, Leiter der staatlichen Kommission zur Regulierung des Marktes für Finanzdienstleistungen, wird wegen Korruption zu fünf Jahren Haft verurteilt. Im Juli 2011 war er verhaftet worden.
24.9.2012	In einem Bericht zur Internetfreiheit von Freedom House wird die Ukraine als »frei« bezeichnet (in Bezug auf Zugang zum Internet, Zensur der Inhalte), allerdings sei die große Anzahl bezahlter Kommentatoren problematisch.
25.9.2012	Die GUS-Wahlbeobachtermission CIS-EMO kritisiert die OSZE-Mission dafür, dass diese die Opposition unterstütze und die Machthabenden unnötig kritisiere.
27.9.2012	Als Zeichen des Protestes gegen den Gesetzesvorschlag zur schärferen Verfolgung von Verleumdung erscheinen verschiedene Zeitungen mit einer leeren ersten Seite. Andere Zeitungen rufen dazu auf, die Verabschiedung des Gesetzes nicht zuzulassen.
2.10.2012	349 Abgeordnete stimmen gegen die vorgelegte Straferhöhung für Verleumdung. Am 18.9.2012 war das Gesetz in erster Lesung angenommen worden, woraufhin viele Journalisten u. a. ihre Kritik daran geäußert hatten.
2.10.2012	In erster Lesung stimmen 289 Abgeordnete für das Gesetz zum Verbot der »Propaganda« von Homosexualität.
6.10.2012	Bisher hat die Zentrale Wahlkommission 972 internationale Wahlbeobachter von 20 verschiedenen Organisationen aus 9 Ländern registriert.
9.10.2012	Ministerpräsident Mykola Asarow betont, dass ein Beitritt zur Zollunion als auch ein Beitritt zur Europäischen Union für die Ukraine attraktiv ist. Von Ersterem erwartet er eine Senkung des Preises für russisches Gas von über 400 US-Dollar bis auf 160 US-Dollar/1000m ³ .

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de